

Plötzlich Freunde

Im Kampf gegen Covid-19 ist die Schweiz nun zu allen Treffen der EU zugeschaltet. Möglich scheinen plötzlich auch EU-Sammeleinkäufe. **Seite 4**

Rede zur Nation

Die Queen ruft Grossbritannien dazu auf, in der Corona-Krise Selbstdisziplin, Gelassenheit und Mitmenschlichkeit zu bewahren. **Seite 5**



Starker Umsatzeinbruch

Der Lockdown bringt auch das literarische Leben zum Stillstand. Kommt es nun zu einem Innovationsschub in der Branche? **Seite 10**

Tennis-Clip begeistert

Jalena Meyers Videos gehen viral. Die 13-jährige Baselbieterin zeigt, wie man auch zu Hause Bälle schlagen kann. **Seite 28**

Bund gab die Pandemie-Reserve 2018 auf

Corona In der Schweiz sind Desinfektionsmittel sehr knapp. Nun zeigt sich, dass der Bund Schuld trägt: Er gab seine Ethanol-Notreserve auf.

Christoph Lenz und Philippe Reichen

In der Schweiz herrscht derzeit ein akuter Mangel an Desinfektionsmitteln. Der Grund: Es fehlt am Rohstoff Ethanol. Die Lage ist so prekär, dass Schnapsbrenner, Winzer und selbst Bierbrauer begonnen haben, ihre Produktion umzustellen.

Jetzt zeigen Recherchen, dass der Bund eine grosse Mitschuld an der Mangelage trägt. Bis Ende 2018 hielt er eine Notreserve von 10'000 Tonnen Ethanol für den Pandemiefall. Im Zuge der Privatisierung der Eidgenössischen Alkoholverwaltung gab der Bund diese Reserve Ende 2018 auf. Die Frage, wie im Pandemiefall die benötigten Desinfektionsmittel hergestellt werden könnten, wurde nie diskutiert. Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) begründet diesen Entscheid so: Man habe dem liberalisierten Alkoholmarkt Zeit geben wollen, sich neu zu

bilden und anschliessend die Vorratshaltung mit allen Marktteilnehmern diskutieren wollen.

«Falsche Prioritäten»

In der Politik stösst das Vorgehen des BWL auf Unverständnis. Der CVP-Sicherheitspolitiker Alois Gmür findet die Auflösung des Ethanol-Pflichtlagers «sehr problematisch. Aber es passt leider ins Bild: Der Bund hat die Krisenvorsorge offensichtlich unterschätzt.»

Auch Pierre-Alain Fridez, Arzt und Nationalrat (SP), übt Kritik: «Es mangelt an Masken, Medikamenten und nun auch an Desinfektionsmitteln. Das zeigt, dass die Prioritäten des Bunds in der Sicherheitspolitik falsch sind.» Statt Milliarden für Munition und neue Kampfsjets auszugeben, wäre es klüger, das Geld dort zu investieren, wo die reale Gefahr für die Bevölkerung sei. «Beim Klima und bei der Gesundheit», sagt der Jurassier Fridez. **Seite 2**

Viele sterben im Altersheim

Virus Dass vor allem betagte Menschen an Covid-19 sterben, ist bekannt. Bislang war aber unklar, wie stark die Alterspflegeheime von der Epidemie betroffen sind. Je nach Kanton ist die Lage prekär, vor allem in der Westschweiz, wie Recherchen der «SonntagsZeitung» zeigen. Im Kanton Waadt starben bis Freitag 105 Menschen an Covid-19 – 48 davon in einem Altersheim. In Neuenburg lag die Quote sogar bei über 70 Prozent. In Basel-Stadt ist die Krankheit bislang in 7 der 42 Pflegeheime aus-

gebrochen. 33 Bewohner haben sich mit dem Coronavirus infiziert, 9 sind an dessen Folgen verstorben. Das entspricht der Anzahl der Corona-Toten in den Altersheimen der Stadt Zürich. Nicht nur Bewohner, auch Mitarbeitende der Heime wurden fast überall positiv getestet. In Basel betrifft das bislang insgesamt 37 Pflegefachkräfte.

Die Behörden können aber auch Positives vermelden: Seit verschärfte Schutzmassnahmen gelten, gehe die Zahl der Neuinfektionen zurück. (red) **Seite 19**

«Wir beweisen, dass wir es wollen und können»

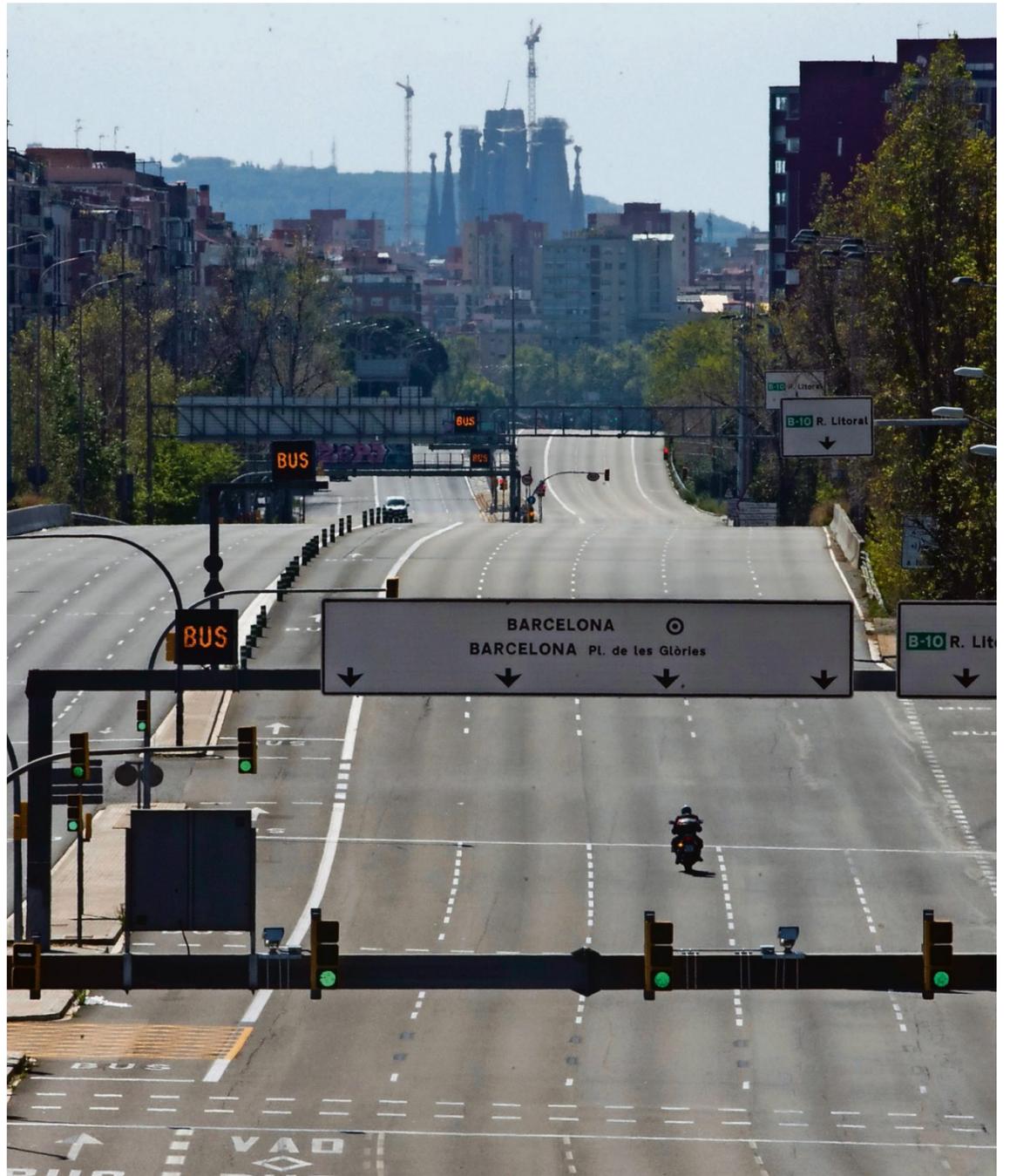
Klimawandel Anfang Jahr war das Klima ein grosses Thema und zog regelmässig Hunderte Demonstrierende auf die Schweizer Strassen. Dann kam das Coronavirus, und seither steht die Schweiz still. Reto Knutti, einen der gefragtesten Klimaexperten der Schweiz, stimmt das nachdenklich. Es zeige, dass, wenn unmittelbar Gefahr herrsche, man in der Lage sei, das Steuer herumzureissen. «Zu denken gibt schon, warum die Staaten weltweit bei der Pandemie derart dezidiert reagieren und in anderen Situationen wie dem Klimawandel nicht», sagt Knutti im Interview. Doch die Corona-Krise könne auch eine Chance sein für die Klimapolitik, sagt der Professor für Klimaphysik. (red) **Seite 12**

Der Wert eines Menschenlebens

Ethik Muss ein Menschenleben um jeden Preis gerettet werden? Oder gibt es einen Preis, der zu hoch ist? In der Corona-Krise wagen nicht viele, öffentlich solche existenziellen Fragen zu stellen. Denn der Tenor ist klar: Alle müssen sich jetzt an die Vorschriften des Bundesrats halten, um andere nicht selbstsüchtig zu gefährden. Auch wenn das bedeutet, dass Grundrechte stark eingeschränkt und ganze Wirtschaftszweige stillgelegt werden.

Stefan Felder, Gesundheitsökonom an der Uni Basel, traut sich dennoch, auch Unangenehmes auszusprechen. Er sagt, man müsse über heikle Themen diskutieren. Und eben auch darüber, was ein Menschenleben wert sei. «Bei teuren medizinischen Behandlungen oder bei der Verminderung von Unfallrisiken im Verkehr ist das schon lange ganz normal. Es sind keine leichten Entscheidungen, aber sie gehören zu einem verantwortungsbewussten staatlichen

Leise Hoffnung in Spanien



Pandemie Seit dem 14. März steht Spanien still. Das Land hat sich vor drei Wochen europaweit die strengsten Ausgangsbeschränkungen auferlegt. Doch die Massnahmen scheinen zu greifen. Gemäss neusten Fallzahlen stabilisiert sich die Lage in Spanien langsam. (red) **Seite 11** Bild: Keystone

UNO nimmt Schweizer Seilbahnbauer ins Visier

Bauprojekt Das Zentralschweizer Unternehmen Garaventa baut in Burma für die Karen Border Guard Force eine Seilbahn auf den heiligen Berg Mount Zwegabin. Der Miliz werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Garaventa glaubt, die heikle Lage im Vorfeld geklärt zu haben. «Vor Vertragsunterzeichnung haben wir alle uns möglichen Abklärungen getroffen», sagt ein Sprecher.

Christopher Sidoti, ein australischer Anwalt und Mitglied einer UNO-Untersuchungskommission, kritisiert die Zusammenarbeit des Zentralschweizer Unternehmens mit der Miliz als «ethisch nicht tragfähig». Ein UNO-Bericht forderte letztes Jahr das Ende der Geschäfte mit dem burmesischen Militär und dessen Firmen. «Die Border Guard Force steht nach der burmesischen Verfassung unter kompletter, direkter Kontrolle durch das Militär.» (jb) **Seite 8**

Eishockey-Ausfall wird für UPC zum Problem

Telekom Laut dem neuen UPC-Chef Baptiest Coopmans hat die Eishockey-Zwangspause einschneidende Folgen. «Für Sportrechte am Schweizer Hockey zahlen wir eine zweistellige Millionen-summe pro Jahr. Wenn wir die Playoffs nicht übertragen können, führt das zu massiven Einbussen.» Er sagt daher: «Wir sprechen aber mit der Liga darüber, wie der Ausfall auszugleichen ist.» Er sei sich sicher, dass eine Vereinbarung gefunden werde, die für beide Seiten funktioniere.

Nach der gescheiterten Fusion mit Sunrise sucht Coopmans weiter einen Partner: «Es gibt verschiedene Anbieter in der Schweiz, die infrage kommen – nicht nur Sunrise», sagt der 55-Jährige. Die Schweizer Wirtschaft und die Konsumenten würden von einem konvergenten Betreiber profitieren, sagt Coopmans, der seit Februar Chef von UPC Schweiz ist. (jb) **Seite 7**

Basel Stadt Land Region

Was ist ein Menschenleben wert?

Ethik Stefan Felder, Gesundheitsökonom an der Uni Basel, spricht an, was sich nicht viele wagen. Er warnt vor einem wirtschaftlichen Debakel. Zwei Kollegen widersprechen ihm. Kritik an der Politik gibt es aber trotzdem.

Sebastian Briellmann

Darf man das? Darf man während einer Pandemie, die global Tausende Todesopfer fordert, darüber diskutieren, wie viel Wert ein Menschenleben hat? Während allein die Schweiz über Rettungsgelder von über 100 Milliarden Franken diskutiert, ist der Schaden für die Wirtschaft bereits jetzt immens: Experten sprechen von 16 bis 30 Milliarden. Pro Monat.

Einer, der ausspricht, was viele nicht auszusprechen wagen, ist Stefan Felder. Der Gesundheitsökonom der Uni Basel sagt: «Natürlich müssen wir auch in der Corona-Krise darüber sprechen. Bei teuren medizinischen Behandlungen oder bei der Verminderung von Unfallrisiken im Verkehr ist das schon lange ganz normal. Es sind keine leichten Entscheidungen, aber sie gehören zu einem verantwortungsbewussten staatlichen Handeln.»

Felder stört auch, dass wir auf die Corona-Todesfälle starren, ohne sie in Relation zu den übrigen Verstorbenen und Überlebenden zu setzen. Die Öffentlichkeit reflektiere nicht, dass der Durchschnitt der Betroffenen 80 Jahre alt sei und meistens an einer Vorerkrankung leide – insgesamt sterbe einer von hundert Infizierten, in der Gruppe der über 80-Jährigen einer von sechs. Zudem sagt er: «Was auch völlig vergessen geht: Jeder, der mit dem Virus zu tun hat, gilt zurzeit als Corona-Opfer. Dabei verstirbt man mit dem Corona, aber keineswegs immer seinetwegen.»

Im Gesundheitswesen rechnet man mit rund 200'000 Franken, die ein Leben pro Jahr kosten darf. Das empfehlen das Bundesamt für Raumplanung und das Swiss Medical Board für die Beurteilung von medizinischen Leistungen in der Krankenversicherung. Das durchschnittliche Alter der bisher in der Schweiz Verstorbenen beträgt 81 Jahre. In diesem Alter hätte man, sagt Felder, im Durchschnitt noch acht vor sich. Aber es seien eher die Kränkeren unter ihnen verstorben – diese hätten vielleicht im Durchschnitt noch



Brandherd Catania: Ein Geistlicher betet mit einem Corona-Patienten. Foto: Fabrizio Villa (Getty Images)

vier Jahre zu leben gehabt. «Bei maximal 50'000 Todesfällen könnten wir, bei perfekter Kontrolle, 200'000 Lebensjahre gewinnen. Investieren wir dafür 100 Milliarden, wären das 500'000 pro Lebensjahr. Vermeiden wir weniger, wird es noch teurer.»

Vertrackte Situation

Ein zu hoher Preis? Nein, findet Felders Kollege von der Uni Basel, Andreas Brenner. Brenner ist Wirtschaftsethiker – und fundiert anderer Meinung: «Eine solche Rechnung verbietet sich, dagegen sprechen alle Vorstellungen von Menschenwürde, wie sie beispielsweise von Kant vermittelt wurde und auf die sich die moderne Gesellschaft bezieht.»

Spannend ist: Obschon sich Felder und Brenner stark widersprechen, sind sie sich in einem Punkt einig: So, wie es jetzt ist,

kann es nicht weitergehen. Brenner sagt: «Wir als Gesellschaft müssen über Ausstiegsszenarien sprechen. Wir haben derzeit de facto einen Ausnahmezustand – und der muss zeitlich befristet sein. Stark befristet!»

Es könne nicht sein, dass der derzeitige Zustand Monate oder gar ein Jahr anhalte. Sonst drohten Verhältnisse wie in Staaten ohne Grundrechte. Die Erfahrung lehre uns, dass es immer schwieriger sei, Recht zurückzugeben, als es zu nehmen.

Niemand leugnet, dass die Situation vertrackt ist. Aber so ganz zufrieden mit der Politik sind die beiden Professoren nicht. Felder kritisiert, dass der Bundesrat zu wenig auf die ökonomische Seite blickt: «Es droht ein Verlust des Bruttosozialprodukts von 20 Prozent. Die Arbeitslosigkeit wird steigen. Wir werden Staatsschul-

den und noch grössere Probleme in der 2. Säule bekommen, beides auf Kosten der Jungen. Die Politik vermeidet den Tritt ins Diskriminierungsfettnäpfchen – darum betreffen die Einschränkungen das Kollektiv. Wer geht denn abstimmen? Genau, die Älteren.»

Neben ökonomischen gebe es aber auch gesellschaftliche Werte, die nicht vergessen werden dürften, sagt Brenner – es sei schwierig, die sozialen Kosten zu quantifizieren. Klar ist für ihn aber auch, dass viele Arbeitsplätze, ja Existenzen auf dem Spiel stehen. «Auch die Flüchtlinge dürfen wir nicht vergessen. Die Schwächsten sind auch in dieser Krise am meisten betroffen.» Felder sagt: «Die Menschen ein halbes Jahr oder länger einzusperren, geht einfach nicht. Die Kosten, auch die psychischen, sind zu hoch.» Hält diese Phase jedoch an, wird es

schwieriger, die Restriktionen zu erklären. Brenner fürchtet sogar: «Jeder Zweifel, der ab jetzt gegenüber der Politik aufkommt, kann verheerend sein. Wenn das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Politik und ihrer Institutionen verloren geht, ist der kulturelle Schaden immens.» Gründe für diese Glaubwürdigkeitslücke gebe es. Bis dato existiere keine seriöse Datenlage.

Niemand wisse, wie gefährlich dieses Virus wirklich sei. «Das hätte die Politik eigentlich vermitteln müssen. Wenn die restriktiven Massnahmen nicht mehr gestützt werden, kann das dramatische Auswirkungen auf unser Zusammenleben haben. Umgekehrt gilt aber auch: Wenn der Sinn dieser Massnahmen nicht mehr eingesehen wird, ist der Schaden, den die Gesellschaft und ihre Institutionen erleiden, ebenfalls drastisch.»

Massive Probleme im Herbst?

Felder sieht auch eine andere Problematik auf uns zukommen: «Wir sind derzeit mit massiven Einschränkungen konfrontiert, was nichts anderes bedeutet, als dass weniger Menschen Antikörper bilden können. Ohne Impfung brauchte es aber eine zu 60 Prozent immune Bevölkerung, um das Virus zu kontrollieren. Man muss befürchten, dass im Herbst plötzlich noch massivere Probleme auf uns zukommen.»

Dagegen hält der Philosoph Markus Wild, ebenfalls Professor an der Uni Basel: «Schwierig ist, dass wir uns in einer langsamen Katastrophe befinden. Der Umgang mit der Zeit ist ein Problem – und vorschnelle Handlungen halte ich für gefährlich. Der wirtschaftliche Schaden, unbestritten gross, ist trotzdem reparabel für ein reiches Land wie die Schweiz. Verstorbenem jedoch erstehen nicht wieder auf.» Er findet, man dürfe erst über Lockerungen sprechen, wenn sicher sei, dass wir keine Menschen mehr sterben lassen müssen, weil wir sie nicht behandeln können: «Es gibt in der Philosophie Überlegungen, dass töten und sterben lassen gar nicht weit auseinanderliegen.»

Coronavirus in der Region Basel

Der Stadtkanton meldet fünf Verstorbene

In Basel-Stadt waren am Wochenende fünf weitere Todesfälle zu beklagen. Zwei mit dem Coronavirus infizierte Menschen seien im Zeitraum von Samstag auf Sonntag verstorben, teilte das Basler Gesundheitsdepartement gestern mit. So sind damit im Stadtkanton insgesamt 26 Menschen an den Folgen einer Erkrankung gestorben. Bei den beiden letzten Todesfällen handle es sich um zwei Männer im Alter von 71 und 59 Jahren. Beide litten unter bestehenden Vorerkrankungen. Auch die drei Verstorbenen, die am Samstag gemeldet wurden – ein Mann (85) und zwei Frauen (85 und 83 Jahre alt) –, gehörten zur Risikogruppe (älter als 65 und bestehende Vorerkrankungen). Insgesamt zählt das Gesundheitsdepartement nun 794 positive Fälle von Personen mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt, 46 mehr als noch am Freitag. 460 Personen der 794 positiv Getesteten und damit bald 60 Prozent sind wieder genesen. Aktuell befinden sich 84 Kantonsbewohner aufgrund einer Covid-19-Infektion in einem baselstädtischen Spital. Total sind dies 106 Personen. Insgesamt 15 Personen benötigen Intensivpflege.

Baselbiet: Am Sonntag ist es zu keinen weiteren Todesfällen gekommen

Im Kanton Baselland ist die Zahl der Covid-Todesfälle am Wochenende um fünf auf 19 angestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der im Kanton wohnhaften mit dem Coronavirus infizierten Menschen insgesamt um 54 auf 679 angewachsen. Diese Zahlen gehen aus der aktualisierten Statistik des Kantons hervor. Weil am Sonntag selbst keine Todesfälle gemeldet wurden, gleichzeitig die Zahl der Geheilten rechnerisch aber deutlich angestiegen ist, sinkt damit die Zahl der aktiven Fälle im Kanton.

Mit Experimenten die Kinder bei Laune halten

Das Swiss Nanoscience Institute der Uni Basel rettet verzweifelte Eltern mit Ideen, wie man die Kinder beschäftigen kann. Das Institut hat Vorschläge für kleine Experimente erarbeitet und diese auf der Uni-Website publiziert. In den Videos wird dort gezeigt, wie die Kinder beispielsweise mit Salz Eis angeln können oder was man Kreatives mit Rotkohlsaft anstellen kann. Die Uni fordert die Familien auf, weitere Experimente zu teilen, und verlost Einkaufsgutscheine und sogar ein iPad für die besten Ideen.

Grenzübergang Biel-Benken nicht mehr gesperrt

Heute wird der Grenzübergang Biel-Benken wieder für den Verkehr freigegeben. Diesen Entscheid traf die Eidgenössische Zollverwaltung aufgrund einer Verkehrsanalyse und in Absprache mit den in- und ausländischen Partnerbehörden. Die Einreise in die Schweiz ist jedoch nach wie vor nur Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis und Personen, die aus beruflichen Gründen oder in Fällen absoluter Notwendigkeit in die Schweiz reisen müssen, erlaubt.

Die Immunität der Basler wird noch nicht getestet

Antikörper Noch gibt es am Unispital Basel keine flächendeckenden Coronavirus-Antikörpertests. Anders in Zürich.

Antikörpertests gelten weltweit als die neue Hoffnung in der Bekämpfung des Coronavirus. Rund 300 verschiedene kursieren derzeit. Bei den herkömmlichen Corona-Tests, wie sie in Basel-Stadt in der Predigerkirche und in Baselland in den zwei ambulanten Abklärungsstationen in Lausen und Münchenstein durchgeführt werden, wird mittels Rachenabstrichen eine aktive Infektion ermittelt. Die neuen Antikörpertests zeigen hingegen an, ob die untersuchten Personen immun sind.

«Das sind Bluttests. Damit testet man, ob jemand irgendwann schon mal mit dem Virus in Berührung gekommen ist, eventuell unbemerkt eine symptomfreie oder fast symptomfreie Erkrankung durchgemacht hat», erklärt Nicolas Drechsler, Sprecher des Unispitals Ba-

sel. «Das gäbe ein sehr interessantes Bild, nämlich das der «Durchseuchung» also der Frage nach der Immunisierung in der Gesamtbevölkerung.»

In Basel seien noch keine Tests zum Nachweis der Immunität gegen das Coronavirus vorhanden, heisst es beim Basler Gesundheitsdepartement. Laut Informationen der BaZ werden aber solche Tests, die von verschiedenen Herstellern angeboten werden, schon seit dem 25. Februar in Basel geprüft. Bei einer flächendeckenden Anwendung dieser Antikörpertests liesse sich zweierlei erkennen: einerseits das wahre Ausmass der Pandemie, andererseits, wer immun ist, als ohne Gefahr für sich und andere wieder den öffentlichen Raum betreten könnte. Mit diesem Wissen könnte man zumindest Teile

der Wirtschaft wieder hochfahren. Der wirtschaftliche Schaden der Pandemie wäre gemindert.

Widersprüchliche Aussagen

Die Antikörpertests sind die neue grosse Hoffnung der Virologen. Umso erstaunlicher ist es daher, dass der Bund gegenwärtig nicht plant, sie zentral auszugeben und strategisch zu testen, wie der Corona-Delegierte des Bundes, Daniel Koch, am Freitag sagte. Dies widerspricht der Meldung des Basler Gesundheitsdepartements, wonach die Federführung in der Sache beim Bund liege. Am Unispital Zürich werden die Antikörpertests dennoch bereits im grossen Stil geprüft und angewandt. Dort will der Neuropathologe Adriano Aguzzi 1000 bis 2000 Patienten pro Tag auf ihre Corona-Immunität testen.

Vom Berner Inselspital kommen skeptische Töne. So erklärte der dortige Direktor der Klinik für Infektiologie, Hansjakob Furrer, gegenüber «10vor10», das Inselspital wende die Tests noch nicht an, da der Qualitätsnachweis noch nicht gegeben sei.

Ähnlich vorsichtig ist man mit dem neuen Test offenbar in Basel. Hier sind aktuell keine Massentests geplant. «Das Problem ist eben, dass diese Bluttests von Aguzzi noch sehr neu sind und nicht klar ist, wie gut sie sind. Man weiss beispielsweise noch nicht genau, welche Antikörper und in welcher Menge denn auch wirklich eine Immunisierung bedeuten», so Unispital-Sprecher Nicolas Drechsler. In Basel gehe man vorerst einen anderen Weg und konzentriere sich auf die Therapie der Erkrankten. So hat

in diesen Tagen ein Team um die Infektiologen Manuel Battegay und Andreas Holbro bei Corona-Patienten mit Symptomen mit einer sogenannten Serumtherapie begonnen. Die Basler Forscher haben dabei aus dem Blut von Covid-19-Patienten, die die Infektion nach einem milden Verlauf überstanden haben, Blutplasma gewonnen, das sie den Patienten per Tropfinfusion verabreichen. So sollen die Erkrankten Antikörper erhalten und damit geheilt werden. Währenddessen begann am Sonntag in München eine gross angelegte Antikörpertesterie. Vier Wochen lang sollen die Blutproben von etwa 4500 Personen aus 3000 zufällig ausgewählten Haushalten auf Antikörper getestet werden.

Simon Erlanger